

tags auszufüllen. Da sie im Saal bleiben, wird die Sitzung erneut unterbrochen.

Manche mehrerer 17 Kriminalbeamte in den Saal. Sie haben keine Instruktionen erhalten zu haben, denn keiner von ihnen mag, einen kommunistischen Abgeordneten anzufassen. Nachdem sie erklärt, daß sie beauftragt seien, auch Gewalt anzuwenden, verlassen unsere ausgeschlossenen Genossen den Saal mit dem Ruf: „Wir weichen der Gewalt!“ — Das ist die Sozialpolitik der Väterregierung! — Während dieser Arbeit steht der Vizepräsident Graf mit lauchendem Gesicht auf der Reichsratstribüne und beobachtet den Vorgang. Unsere Genossen rufen: „Er laucht noch dazu, der Heuler!“ Die Erregung hat sich während dieser Vorgänge ungeheuerlich gesteigert.

Vorher Graf die Polizeibeamten in den Saal kommen ließ, hatte er durch die Zentrumsabg. Frau Teusch den Sozialdemokraten Hermann Müller zu sich rufen lassen.

Er verhandelte mit Hermann Müller und ersuchte ihn, die sozialdemokratischen Abgeordneten, die in einer Zahl von 50 bis 60 Mann seiner vorherigen Aufforderung, den Saal zu verlassen, nicht gefolgt waren, zu veranlassen, ebenso wie die bürgerlichen Abgeordneten den Saal zu verlassen. Hermann Müller zeigte sich wieder als getreuer Parteiführer der Sozialdemokratie und dieses Vizepräsidenten. Er forderte tatsächlich keine Fraktionsgenossen auf, gemäß der Aufforderung des deutschnationalen Provokateurs den Saal zu verlassen.

Es kam zu scharfen Auseinandersetzungen, die Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten weigerte sich, den Saal zu verlassen. Müller verließ dann mit einem kleinen Trupp Genossen, gemäß den Anweisungen Genes, den Sitzungssaal. Während der Abflucht waren nicht nur die kommunistischen, sondern ein großer Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten in größter Erregung; auch sie empfanden die schändliche Rolle, die die sozialdemokratische Fraktion unter Führung von Müller, Hilferding und Genossen, die diese Maßnahmen Graf gutließen, spielt.

Nach Wiedereröffnung der neuen Sitzung teilte Graf mit, daß er den Vortag nunmehr auf 3 Uhr nachmittags einberufen würde. Die Plenararbeit war ja auch programmäßig durchgeführt.

(Die Sitzung geht weiter.)

Annahme der Zollvorlage in zweiter Lesung

Berlin, 11. August. (Eigene Drahtmeldung.) Spät abends wurde gestern von der Zollmehrheit beantragt, über alle Abänderungsanträge zu den §§ 1-7 der Zollgesetze zur Tagesordnung überzugehen und die in den Ausschüssen gefassten Beschlüsse in einer En-bloc-Abitimmung anzunehmen. Auf diese Ungewöhnlichkeit hin gaben SPD. und FDP. Proteste ab und verließen demonstrativ den Saal. Die Kommunisten unter den Demokraten, die sich in den letzten Tagen zu der Zollmehrheit geschlagen hatten, hielten es für ungewöhnlich, sich an der Abstimmung einer solchen Bergewaltung, die selbst die letzten Reste der Demokratie bekräftigt, zu beteiligen, und entließen sich, ebenso wie einige Zentrumsleute, der Abstimmung. Von den Regierungsparteien wurde sodann das Zollgesetz in zweiter Lesung angenommen.

Am Mittwoch findet die dritte Lesung, ferner die zweite und dritte Beratung der Amnestievorlage und Beratung verschiedener Handelsverträge statt.

Wägt die Regierung?

Was wollte Wegbrod?

Nach 12 Tagen hat sich die Regierung zu einer Mitteilung über die Verhaftung des Spittelkommandeurs Wegbrod aufgerafft. Sie hat folgenden Wortlaut:

Fall Wegbrod.

(M.) Am 31. 7. 23 ist der Kriminalhauptwachmeister Wegbrod in Grottau verhaftet worden. Der Grund seiner Verhaftung konnte bisher nicht festgestellt werden. Aus einem Schreiben Wegbrods vom 5. 8. 1923 an seine vorgesetzte Dienststelle geht aber hervor, daß er annehmbar in Grottau ohne dienstlichen Auftrag Erörterungen über eine polizeilich gesuchte Person hat vornehmen wollen und dabei verhaftet worden ist.

Also ohne dienstlichen Auftrag eine Amtshandlung in einem fremden Staate vorgenommen. Eine ganz offensichtliche Verletzung der Gesetze durch diesen „Schüler und Diener des Gesetzes“. Das Ministerium will sich und den Polizeipräsidenten Kühn reinwaschen. Es wird ihm aber nicht gelingen, seine Schuld zu leugnen. Schon meldet der „Dresdner Anzeiger“ in dieser Angelegenheit:

„Zu dieser Meldung war bisher nur zu erfahren, daß die Verhaftung Wegbrods, der in dienstlichem Auftrage jenseits der Grenze tätig war, richtig ist. Verhandlungen über Wegbrods Freigabe sind durch das Auswärtige Amt eingeleitet worden.“

Wie wir hierzu noch erfahren, ist Wegbrod nicht im Auftrage des Dresdner Polizeipräsidenten nach der Tschechoslowakei gereist, sondern vom Ministerium des Innern zur Dienstleistung für eine andere Behörde angefordert worden. Er ist hierzu lediglich vom Polizeipräsidenten zur Verfügung gestellt worden.“

Also ist Wegbrod dienstlich über die Grenze gegangen, hat im Auftrage des Innenministers Müller und mit Einverständnis des Polizeipräsidenten Kühn eine Verletzung der Gesetze vorgenommen, und der Zweck scheint so übel und schmutziger Natur zu sein, daß die beiden sozialdemokratischen Würdenträger sich scheuen, Farbe zu bekennen. Wir fordern jetzt eine offene Antwort:

In wessen Auftrage beging Wegbrod sein Verbrechen? Wer ist die „polizeilich gesuchte Person, die Wegbrod widerrechtlich über die Grenze schleppen wollte?“

Wozu hatte Wegbrod eine Liste kommunistischer Funktionäre der Tschechoslowakei bei sich?

Hat der „Dresdner Anzeiger“ gelogen, oder läßt das Innenministerium?

Vor Kämpfen in der sächsischen Textilindustrie

Gegen den Willen der Textilarbeitervereine wurde am 20. Juli eine Regelung der Lohnverhältnisse durch den Schlichtungsausschuß vorgenommen. Der Schlichtungsbericht sieht ab 1. Juli 1925 eine Erhöhung der Löhne um 10 Prozent vor, die Kündigung des Lohnabkommens ist erst frühestens zum 25. März 1926 zulässig.

Gegen dieses schändliche Abkommen zeigt sich eine heftige Bewegung. In den Spinnereien in Leipzig, Meran, Weitzschen, Zwickau, Hlaba, Jaitzsch, Chemnitz und anderen

Orten haben Hunderte von Spinnereiarbeitern und Andere ihre Arbeitsverhältnisse gefährdet. Die Unternehmer drohen als Wehr mit der Aussperrung in der gesamten Industrie. Es ist mit einem allgemeinen Kampf der Textilarbeiter zu rechnen, der, wenn er gelassen und energisch geführt wird, bei der verhältnismäßig guten Konjunktur durch das kommende Winter- und das verstärkte Kaufkraftgefühl mit einem Erfolg für die Textilarbeiter auslaufen kann.

Der „Unparteiliche“ soll den Bauunternehmern helfen!

Berlin, 11. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Die gestern im Reichsministerium erfolgte Aussprache zwischen den Vertretern der Parteien des Baugewerbes hatten folgendes Ergebnis:

Zur Beilegung der bezüglichen Lohnstreitigkeiten im Baugewerbe wird eine besondere Schlichtungsstelle vereinbart. Sie wird zusammengesetzt aus je 4 Vertretern von Unternehmern und Gewerkschaftsvertretern und aus einem unparteilichen Vorsitzenden, den das Reichsarbeitsministerium ernannt.

Die Erklärungsfrist für die eventuell zu fällenden Schiedsprüche wird auf den 18. August festgesetzt. Bis zu diesem Termin stellen die Unternehmer ihre angekündigten Maßnahmen zurück. Für den Fall, daß die eingeleiteten Verhandlungen zu einer Beilegung der Lohndifferenzen führen, sollen die Verhandlungen über die strittigen Kantalaristfragen alsbald neu aufgenommen werden.

Blutiger Polizeiberfall auf Nürnberger und Fürther Kommunisten

Nürnberg, 11. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Kommunistische Partei in Nürnberg und Fürth wollte am 9. August einen gemeinsamen Parteiausflug nach Kronach bei Fürth veranstalten. Dieser Parteiausflug wurde von der Polizeidirektion Nürnberg und Fürth verboten mit der Begründung, es sei anstößend eine Antifriedensdemonstration. Deshalb hielt die K.P. diesen Ausflug nicht in Kronach, sondern in der Gartenkolonie Fürth ab. Es versammelten sich ungefähr 1000 Teilnehmer. Die Genossen waren gemächlich beiläufig. Um 5 Uhr nachmittags rüsten mit einem Male Schupo auf 2 Postkraftwagen an, um die Gartenkolonie zu räumen. Die Schupo ging mit aufgeflossenen Bajonetten gegen die friedlich hier Sitzenden und Wartenden vor. Sie betrug die Lische, warf die Gabelt hinab und schlug in brutalster Weise auf alle diejenigen ein, die nicht sofort im Eiltempo sich entfernten. Besonders bemerkenswert ist, daß der Weingartenbesitzer in unerhörtester Weise von Seiten der Schupo mißhandelt wurde. Man schlepte alte Leute zwischen 60 und 70 Jahren fort und schlug mit Gemeckelböden und Gummistülpeln. Ein Schwertknecht wurde weggeschleift. Bei dieser Räumungsaktion wurde dem Wirt ein Schaden von 4-5000 Mark verursacht, durch die Tollhölle, daß die Schupo es nicht mehr zuließ, daß die Gäste ihre Joch beizählten.

Es kamen weiter verschiedene Fälle vor, bei denen Genossen um ihre Fahrräder gekommen sind. Nach dieser Räumungsaktion begaben sich die Genossen zu einer kleinen Gartenwirtschaft nach Fürth und wurden dort um 8 Uhr abends erneut von der Polizei überfallen. Bei diesem Ueberfall wurden 35 Anwesende verhaftet, darunter eine ganze Reihe an dem Ausflug Unbeteiligter. Ein Jugendgenosse wurde von der blauen Polizei derartig mißhandelt, daß er nach seiner Verhaftung sofort ins Krankenhaus schwerverletzt überführt werden mußte. Ein weiterer Jugendgenosse wurde schließlich wegen des Rufes „Rot Front!“ auf das Schupo-Auto gezerrt und schwer mißhandelt. Die Sowjetsterner, die Parteigenossen an sich hatten, wurden widerrechtlich beschlagnahmt.

So steht der weitere Abbau des Ausnahmezustandes in Bayern aus, daß man friedliche Ausflügler mit aufgepflanztem Seitengewehr, mit Gummistülpeln und geladenen Karabinern überfällt und schwer mißhandelt.

Wir fordern, daß der Ausnahmezustand sofort fällt und die an dem blutigen Ueberfall Schuldigen sofort ihres Amtes enthoben werden.

Neues Klassenurteil

Mannheim, 10. August. (Eig. Drahtbericht.) Das Schwurgericht in Heidelberg verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den Genossen Ewald Hinzmann wegen Totschlagversuches zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust. Der Staatsanwalt hatte 4 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust beantragt. Genosse Hinzmann wurde beschuldigt, am 6. Dezember 1922, als in Heidelberg große ErwerbslosenDemonstrationen waren, einen Schupobeamten zu Pferd, der in die Menge hineinritt, in den Schenkel getroffen zu haben. Trotzdem Genosse Hinzmann nachweisen konnte, daß er zu der fraglichen Zeit gar nicht in Heidelberg war, wurde das schändliche Urteil ausgesprochen. Besonders bezeichnend ist, daß Genosse Hinzmann aus der Tschechoslowakei, wo er sich längere Zeit aufgehalten hatte, ausgeliefert worden war, da er eines gemeinen Verbrechens beschuldigt wurde, obwohl die Tat, die man ihm vorwirft, unabweislich in Verbindung mit einer politischen Demonstration steht. — Als Genosse Hinzmann aus dem Gericht abgeführt wurde, wurde er, dem das kapitalistische Gericht die „bürgerliche „Ehre“ abgesprochen hat, von den Heidelberger Arbeitern begeistert begrüßt.

Das Reichsbanner — letzte Stütze der Bourgeoisie

Die Bourgeoisie powert die wertvolle Bevölkerung nach Griechenland und Japan aus. Die Kapitalisten treiben Raubbau auf Kosten des Proletariats, um ihre Profittaten zu erhöhen. Hochschulkosten, neue Steuern, Mietwucher werden die Massennot unermesslich steigern. Das SPD. Blatt „Das Volk“ weist das alles und schreibt:

„Der Jüditopf von 1923 liegt immer noch in der Luft, und — laßt eine große Krise kommen mit Massenarbeitslosigkeit und Inflation; dann habt ihr auch die Explosion.“

Dagegen kann uns nur eins helfen: Das Reichsbanner Schwarz-rot-gold!“

Die „Explosion“, damit meint das SPD. Keptil die soziale Revolution, die Vertreibung und Enteignung der Kautzjunker, Schlotbarone, Börsenhäupter und Hausagrarier, die Nachterregung durch das Massenbewußte Proletariat.

Daher ist es verständlich, daß das Zentrum, die Partei der Hochschulkosten, Steuerwucherer und Mietwucherer, die Demokraten, die Börsenjobber und Spekulanten ungeheuer stolz am „Reichsbanner“ interessiert sind.

Die Rechnung dieser Bourgeois und der mit ihnen verknüpften SPD. Bourgeois und Generale hat ein Laß. „Massenarbeitslosigkeit und Inflation“ wird auch die Arbeiter im „Reichsbanner“ treffen. Keine noch so tüchtigen Horden ausgefahrener Führer werden ihre turenden Wagen füllen können. Die ankündigen Arbeiter im „Reichsbanner“ werden sich in die proletarische Kampflinie einreihen. Den Rest, Herrn Härtings Anführer, wird die „Explosion“ zerfressen, wie der Sturm die Spreu.

China-Kongreß in Berlin

Auf Initiative der Internationalen Arbeiterhilfe über die Verbindung mit zahlreichen anderen Organisationen findet am Sonntag, den 10. August, in Berlin, im Plenumsaal des Hotel Herrenhofes, Leipziger Straße, ein Kongreß „Hände weg von China“

statt. Ueber die gegenwärtige Lage in dem chinesischen Kampf wird der Vertreter der Kuo-Min-Tang-Partei, D. T. Tsing, Shanghai sprechen; erwartet wird noch ein englischer Vertreter der gleichen Partei.

Ueber die Wirkungen der chinesischen Ereignisse auf die weltweite politische und volkswirtschaftliche Lage wird Herr Dr. Kautsky und über die internationale Hilfsaktion Willi Münzenberg sprechen.

Karten für die Teilnahme sind ab 8. August durch die IWAJ, Unter den Linden 11, erhältlich.

Die deutschen Delegierten in Sotsjet-Nuland

Moskau, 9. August. (Inprekorr.) Einzelne Gruppen der deutschen Delegation leisten ihre Studienreise fort. Gegenwärtig befindet sich eine Gruppe im Uralgebiet, eine zweite in der arginen, eine dritte in der Krim, eine vierte in Charkow und eine fünfte im Donezbecken. Die Vertreter der Delegationen Schleichinger und Reichardt, erklären, daß die rechtliche Lage der Bergarbeiter einen außerordentlichen Eindruck auf sie gemacht hat, da nirgends in der Welt die Bergarbeiter gleiche Rechte und Regungen haben. Die Lebensbedingungen der Bergarbeiter mochten im Verhältnis zum Friedenstypus gewaltige Fortschritte. Besonders anerkennend sind die Sanatorien und Arbeiterheime. In der Krim machen die Delegierten besonders großen Eindruck die Sanatorien und Wohlfahrtsinstitutionen, wo Tausende von Arbeitern untergebracht sind. Die Krankenhäuser, Betriebe und Werkstätten haben ihre eigenen Sanatorien, worin die trägen und übermüdeten Arbeiter und Angestellten auf Kosten der Erwerbstätigen in lokalem Umlauf in den sanitären Ländern unentgeltlich und unbedenklich. Die Ukraine übertrifft besonders der verhältnismäßig rasche Wiederaufbauprozess trotz der Vermittlungen des Bürgerkrieges, trotz der Zerstörungen der Betriebsanlagen.

Die Sowjetdeutschen machen große Vorbereitungen zum Empfang der Delegation.

So sterben Kommunisten!

Genosse Botwin von den polnischen Weichhändlern ermordet.

Moskau, 9. August. (Inprekorr.) Laut einer Meldung aus Warschau verhielt sich der wegen Ermordung eines Polizeipostens zum Tode verurteilte und inzwischen hingerichtete Genosse außerordentlich heldenmütig und tapfer. Es tröstete ihn sein ihm zum letztenmal besuchende Schwester. Der ihn besuchende Genosse hat er abgewiesen, indem er erklärte: „Die Revolution ist für Sklaven erloschen, ich aber bin kein Sklave!“ Um Demonstrationen zu verhindern, wurde Lemberg militärisch besetzt, die Umgebung des Gefängnisses mied das Bild eines militärischen Lagers auf. Der Präsident der Republik, Mojschowski, selbst ein früheres VPS-Mitglied, lehnte das Gnadenbittens des Verteidigers ab. Botwin lehnte es ab, selbst das Gnadenbittens einzureichen. Letzten Schrittes und erhobenen Hauptes ging er aus der Gefängniszelle in den Gefängnishof, mit heller Stimme die Internationale singend. Die übrigen politischen Gefangenen stimmten in die Internationale mit ein, und bis der Richter den Urteil las, brüllte heftig im Totenhause die Internationale. Botwin stellte sich vor die Soldatenreihe ruhig, ohne Schwanken, ohne sich die Augen verbinden zu lassen. „Nieder mit der Bourgeoisie, hoch die soziale Revolution!“ waren seine letzten Worte. Der Offizier gab das Schießzeichen, eine Salve und die K.K. Bolens verlor einen ihrer besten Kämpfer.

In den Arbeiterkreisen Warschaws und in den Zuhörerkreisen Bolens rief die Nachricht über die Hinrichtung eine ungeheure Erregung hervor. Auf den Straßen erschienen Plakate mit der Aufschrift: „Ehre dem Helden, Tod den Provokateuren!“ Vertirte Polizei und Polizei zu Fuß besetzte die Hauptverkehrswege, um die Demonstrationen zu verhindern. Die Sowjetpresse fordert die Todesstrafe für die Angehörigen der kommunistischen Partei.

Die Hinrichtung Botwins rief in der Sowjetunion die äußerste Empörung der Arbeitermassen hervor. In Charkow, Kiew und Schitomir fanden Massenmeetings und Streikversammlungen gegen den weißen Terror der polnischen Schlächter statt. An die K.P.P. und an die Familie Botwins wurden Telebidstelegramme gefandt.

Die beiden Fronten in England

Während der Verhandlungen, die zwischen dem Komitee des Generalrates der britischen Gewerkschaften und der Regierung stattfinden, kam es zwischen dem Premierminister Baldwin und dem Vorsitzenden des Generalrates Emswold zu einem scharfen Zusammenstoß. Nachdem Baldwin versprochen hatte, die Gewerkschaftsführer von ihrem ersten und bedingungslosen Verlangen: „Zurückziehung der Kündigungen des Abkommens“ abzubringen und zu verzwängen, versuchte er es mit Drohungen.

Baldwin: „Ich bin ein Sozialist; aber, wenn der Sechste des Generalrates zur Durchführung kommt, werde ich alle Mittel des Staates in Bewegung setzen, um die Arbeiterschaft zu schlagen.“

Emswold antwortete: „Auch ich bin Sozialist und treue Arbeiter auf demselben Boden zu begründen. Aber, wenn sie die Mittel des Staates gegen die Arbeiter einsetzt, werden wir die gesamte Gewalt der Arbeiterklasse in die Waagschale werfen, um sie zu schlagen.“

Es war die Regierung, die den Rückzug antrat.

Keine Friedensverhandlungen mit Abd el Krim

Paris, 11. August. (Telunion.) Die Pariser Exekutivkommission bringt eine scharf offiziell beeinflusste Meldung, nach der keine Möglichkeit mehr bestehe, mit Abd el Krim in Friedensverhandlungen einzutreten. Der Führer habe sich ständig weigert, auf der Grundlage des spanisch-französischen Friedensvertrages zu verhandeln. Er werde sicher auch allen weiteren Verhandlungen abgeneigt sein. Die französische Regierung hat daher beschlossen, alle Maßnahmen zur Durchführung einer großen Offensive zu ergreifen, um den Marokkafeldzug möglichst bald zu beenden. Auch Abd el Krim hat umfangreiche Maßnahmen zur Verteidigung und zum Angriff getroffen. Meldungen aus Calablanca belügen, daß der Führer große Massenbewegungen bei verschiedenen Stämmen habe vornehmen lassen, besonders in der spanischen Zone. Alle nur irgendwie verfügbaren Arbeitskräfte sind zum Bau von Stellungen herangezogen worden. In großer Eile werden überall Schützengraben ausgemacht.